

# »Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit

---

Nico Mokros und Julia Schatzschneider

## Einleitung

Soziale Arbeit ist sowohl von ihrem Selbstverständnis her als auch mit Blick auf ihre potenziellen Adressat:innen grundlegend an gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Kämpfen ausgerichtet (z.B. Migration, Armut, Gesundheit, Arbeitslosigkeit etc.). Dabei ist Soziale Arbeit in die betreffenden Lebenslagen, Probleme und Systeme eingebunden, gleichzeitig aber auch gefordert, unterschiedliche Menschen und Milieus zusammenzubringen, zur Gestaltung sozialer Räume einzuladen, Konflikte zu bearbeiten und im Interesse einer demokratischen Gemeinschaft zu einer Politik aufzufordern, die möglichst vielen Menschen ein *gutes Leben* ermöglicht (vgl. Seithe 2011: 3). Auf individueller Fallebene, aber auch bei sozialräumlichen Prozessen geht es dabei häufig um Unterstützung bei der Bewältigung multipler Problemlagen, die Erhöhung von Lebensqualität oder Empowerment.<sup>1</sup> In diesem Sinne bislang wenig beleuchtet sind Auseinandersetzungen um Energie- und Klimapolitik, die seit Jahren ein zentrales Problemfeld mit Polarisierungspotenzial darstellen. Erste Möglichkeitsräume für die Profession hat z.B. Liedholz (2021) erschlossen. Anzunehmen ist, dass etwa im Zuge der Umsetzung des Bundes-Klimaschutzgesetzes damit verbundene Konflikte und Kämpfe gesamtgesellschaftlich eine immer größere Rolle spielen werden – sei es auf der Ebene persönlicher oder lokaler Betroffenheit von Energiewendemaßnahmen und den Folgen des Klimawandels oder auch allgemeiner auf der Ebene politischer Einstellungen. Immer deutlicher zeichnen sich verschiedene Spannungsverhältnisse ab, die in modernen demokratischen Gesellschaften typischerweise mit Fragen von Anerkennungs- wie auch

---

1 Es wird angenommen, dass im Kontext der aktuellen Energiekrise und des Umgangs mit den Folgen des Klimawandels Soziale Arbeit verstärkt eine Rolle bei der Bewältigung von Energiearmut spielen wird. Diesbezügliche Ansätze, z.B. in der sozialpädagogischen Familienhilfe, sind aber nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags.

Verteilungsgerechtigkeit in Verbindung stehen – und aus dieser Perspektive nicht zuletzt für die Soziale Arbeit relevant werden (können).

Auf Grundlage einer bundesweiten Bevölkerungsumfrage lotet der Beitrag entlang bestimmter prozess- und bedingungsorientierter Einstellungen zur Energiewende mögliche Themen-, Konflikt- und Kompetenzfelder für die Soziale Arbeit und ihre Akteur:innen aus. Dabei soll auch reflektiert werden, wie sich eine kritisch-emanzipatorisch orientierte Soziale Arbeit in die Auseinandersetzung um die gegenwärtige wie künftige Energie- und Klimapolitik einbringen und »an der Rückeroberung einer aufklärerischen Position in der Gesellschaft mit anderen Wissenschaften« (Braches-Chyrek/Sünker 2017: 3) beteiligt sein kann. Die Ergebnisse sind Teil des Forschungsprojekts *Demokon – Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende*, welches durch die Stiftung Mercator gefördert wird und darauf abzielt, unterschiedliche Positionen und gesellschaftliche Konfliktodynamiken rund um die Energiewende zu erforschen, Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln und eine demokratische Streit- und Aushandlungskultur zu stärken (vgl. Reusswig et al. 2021: 5).

## **Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit, Ungleichheit und gesellschaftlichem Wandel am Beispiel von Klima- und Energiepolitik**

Soziale Arbeit steht in einem Spannungsverhältnis, das klassischerweise als *Doppel-* bzw. auch *Tripelmandat* bezeichnet wird, insofern sie nicht nur zwischen den Hilfsansprüchen sowie Bedarfen von Klient:innen und dem staatlichen (Kontroll-)Auftrag zur Bearbeitung der betreffenden – und auch gesellschaftlich erzeugten – Problemlagen vermitteln soll, sondern ebenfalls das eigene Selbstverständnis als Profession immer wieder erörtern und begründen muss (vgl. Klees o.J.: 2ff.). Als Vermittlungs-, Beteiligungs- und Beratungsinstanz ist Soziale Arbeit mittelbar und unmittelbar in die rechtlichen, institutionellen und politischen Strukturen eingebunden und wirkt dabei auf bestehende und sich verändernde Probleme ein – nicht zuletzt, um deren krisen- und konflikthafte Entwicklung abzumildern oder ihr entgegenzuwirken:

»Social work is a practice-based profession and an academic discipline that promotes social change and development, social cohesion, and the empowerment and liberation of people. Principles of social justice, human rights, collective responsibility and respect for diversities are central to social work. Underpinned by theories of social work, social sciences, humanities and indigenous knowledge, social work engages people and structures to address life challenges and enhance wellbeing.« (IFSW 2014)

Mit Verweis auf die bedeutenden, wenn auch jüngeren Wurzeln der Sozialen Arbeit in den emanzipations-, friedens- und umweltbewegten 1960er- und 1970er-Jahren der Bundesrepublik lässt sich angesichts der zu erwartenden, weitreichenden Folgen des menschengemachten Klimawandels sowie der politischen Maßnahmen zu ihrer Abmilderung die Frage nach der Funktion Sozialer Arbeit als kritischer Instanz und Begleiterin von Umbrüchen, Unsicherheiten und Ungleichheiten in der Gesellschaft stellen. Inwieweit kann und sollte Soziale Arbeit ein entsprechendes Selbstverständnis zum Anlass nehmen, eine aktive Rolle in diesem Spannungsfeld einzunehmen und zur Man-

datsträgerin zu werden? Voraussetzung dafür wäre zunächst eine positive Positionierung bezüglich eines politischen Mandats Sozialer Arbeit (vgl. Liedholz 2021: 13). Diese wird jedoch bis heute nicht einheitlich vertreten. Skeptiker:innen weisen etwa auf den verborgenen Paternalismus gegenüber ihren Adressat:innen oder auf die mangelnden Einflussmöglichkeiten im politischen Feld hin (vgl. Benz/Rieger 2015: 36; zit.n. Liedholz 2021: 13). Doch insbesondere, wenn es um die individuelle Lebensbewältigung geht, sind die Einflüsse und Folgen des Klimawandels unmittelbar verwoben mit der sozialarbeiterischen Frage nach Unterstützungsbedarfen, dem Beitrag des Einzelnen sowie der gesellschaftlichen Verantwortung, den Klimaschutz zielstrebig, aber auch sozial gerecht zu gestalten (Stichwort: Doppelmandat). Lothar Böhnisch unterstreicht die Verwobenheit der Sozialen Frage mit den bestehenden und zukünftigen Umweltverhältnissen und akzentuiert in diesem Zusammenhang auch die gesellschaftliche Notwendigkeit Sozialer Arbeit zur Flankierung der Sozialpolitik (vgl. Böhnisch 2018: 36). Er schreibt der Profession Wirkungsformen und -kontexte zu, die auch mit Blick auf eine von möglichst Vielen mitzugestaltende, sozial gerechte Energiewende relevant sein können: »Räume, Beziehungen. Sprache und Milieu.« (Ebd.: 62).

Verbunden mit der *Sozialen Frage* und dem Ausgleich diesbezüglicher Ungleichheiten in der Gesellschaft setzt sich Soziale Arbeit unmittelbar mit Phänomenen wie Armut und Arbeitslosigkeit auseinander – also mit Ausschlussmechanismen und dadurch erzeugten sozialen Schieflagen eines Systems, das maßgeblich auf Wohlstand und Wachstum aufgebaut ist. Die Ursachen der Ungleichheiten mögen unterschiedlich und vielschichtig sein; die durch sie invertierten Versprechen von Teilhabe, Gleichheit und Gerechtigkeit erreichten ihren Höhepunkt etwa in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Spätestens seit den 1970er-Jahren – in deren Ölkrisen und aufkommendem Widerstand gegen Atomkraft auch die Idee der Energiewende wurzelt – unterlagen die Leitnormen der Moderne einem tiefgreifenden Strukturwandel (vgl. Polanyi 2015). Diesbezüglich markieren die Schlagwörter *Individualisierung* und *Entsolidarisierung* gesellschaftliche Prozesse und Neuordnungen, die die zunehmende Ungleichheit legitimierbar machten (vgl. Butterwegge 1999; Castel 2005). Unter dem Einfluss neo- und ordoliberaler Ideen wurde der Sozialstaat zurückgebaut und die zuvor gebotene Ausgleichskonstellation zu Ungunsten bürgerlicher wie auch sozialer Interessen verschoben. Dadurch, so Heitmeyer, habe die Demokratie deutlich Schaden genommen und sei teilweise entleert worden. Die genannten Entwicklungen förderten Gefühle politischer Machtlosigkeit sowie Misstrauen gegenüber politischen Eliten, wovon nicht zuletzt ein Aufstieg des Rechtspopulismus und die Zunahme antidemokratischer Einstellungen in der Bevölkerung zu erwarten waren (vgl. Heitmeyer 2001, 2018). So spiegelten ein fortwährender Verlust demokratischer Kontrolle politischer Macht und ein wachsender Einfluss nicht gewählter, nicht rechenschaftspflichtiger Institutionen die Rezession der Demokratien in den USA und Westeuropa wider (vgl. The Economist Intelligence Unit 2020). Das Fortbestehen der formellen Institutionen und Prozesse der Demokratie bei gleichzeitig starker Einflussnahme multinationaler Lobbygruppen begrenze die Souveränität des Staates – so beschreibt Crouch (2008) die Entwicklung zur *Postdemokratie*. Die wesentlichen Fragen, wer für politische Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden kann sowie welche Interessen berücksichtigt werden und welche nicht, blieben für die

Öffentlichkeit dabei so weit unbeantwortet, dass der prozessuale und kompromissbildende Charakter demokratischer Herrschaft verloren zu gehen drohe (vgl. ebd.).

Trotz der hohen Unterstützung für die Idee der Demokratie in der ganzen Welt haben Umfragen des Pew Research Center in den letzten Jahren tiefe Enttäuschungen über das Funktionieren der Demokratie und ihrer Systeme der politischen Repräsentation offenbart, die besonders deutlich werden, wenn es dem betreffenden Land wirtschaftlich schlecht geht. So waren im Frühjahr 2019 z.B. 63 % der telefonisch befragten Deutschen (n = 2.015), die befanden, dass die Volkswirtschaft in einem schlechten Zustand ist, auch damit unzufrieden, wie die Demokratie funktioniert. Andersherum äußerten nur 28 % diese Ansicht, wenn der Zustand der Wirtschaft für gut befunden wurde (vgl. Wike/Schumacher 2020: 25). Einen deutlichen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Unzufriedenheit mit Politik und Demokratie stellen auch Decker, Best, Fischer und Küppers (2019) in ihrer repräsentativen Telefonumfrage (n = 2.500) fest. Demnach sind über 60 % der Befragten in Deutschland mit der Sozialpolitik und dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden und sich einig, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht von der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes profitiert hat. Nur 46,6 % der Befragten zeigen sich (sehr oder ziemlich) damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, wobei die Wahrnehmung gestiegener sozialer Ungleichheit einen negativen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit hat, die dann deutlich niedriger ausfällt (ebd.: 33f., 76). An dieser Stelle lässt sich bereits festhalten, dass eine kritisch-emanzipatorisch orientierte Soziale Arbeit vor dem Hintergrund von Strukturwandelprozessen, Defiziten der Demokratie und einer scheiternden Sozialgerechtigkeit wesentlich gefragt und gefordert war und ist, auf daraus erwachsene Bedarfs- und Problemlagen zu reagieren (vgl. Ansen 2022: 22; Böhnisch 2018: 61).

In Anlehnung an Polanyis Begriff der *Großen Transformation* stellte der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Veränderungen* (WBGU) in seinem Jahresgutachten 2011 heraus, dass die Ziele zum Klimaschutz und zur Dekarbonisierung der Energiesysteme rein technologische Veränderungen transzendieren. Vielmehr geht es um die grundlegende Veränderung von Lebensstilen und die Frage nach einem sozial gerechten und klimaverträglichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das die planetaren Grenzen ebenso wie die Menschenrechte achtet. In diesem Zusammenhang geben Adloff und Neckel (2019) zu bedenken, dass bei aller demokratischer Ausrichtung und Geschichte der Klima- und Umweltbewegung eine radikale Veränderung der Gesellschaft »[...] den Anspruch auf Totalität [enthält], fordert sie von ihren Mitgliedern doch einen vollständigen Wandel ihres Lebensstils« (ebd.: 177), was ein System hervorbringen kann, das sich »[...] mit den unbestreitbarsten Gründen [...] zu den weitestgehenden Maßnahmen der sozialen Kontrolle berechtigt sieht« (ebd.). So führe gesellschaftlicher Wandel nicht zwangsläufig zu einer normativen Verbesserung im Sinne eines *guten, besseren oder gerechten* Lebens für alle, sondern berge auch regressive und autoritäre Momente bzw. könne in solche umschlagen (vgl. z.B. Demirović 2021; Fraser 2017). Als Gastrednerin auf einem Parteitag von Bündnis90/Die Grünen warnte z.B. auch die Publizistin Carolin Emcke davor, dass angesichts zunehmender Wissenschaftsfeindlichkeit und systematischer Desinformation das gemeinsame Verständnis von Fakten verloren zu gehen droht, und forderte daher »eine neue Aufklärung« (Weiß/Schneider-Eicke 2021).

Dabei sind es sicherlich neue, radikale oder veränderte Narrative und Leitbilder, welche die Zukunft eines nachhaltigeren, gerechteren und klimaverträglicheren Zusammenlebens beschreiben (und womöglich überhaupt erst denken lassen),

»[...die] zwar an Kernideen der Aufklärung anknüpfen [können], wie die Aufforderung zu vernünftigem, verantwortlichem Handeln, das auch stets die Interessen anderer Menschen berücksichtigt. Andererseits müssen nun die Grenzen des Erdsystems als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung und von Wohlstandssteigerung akzeptiert werden (re-embedding), während das Hauptmotiv des Zeitalters der Industrialisierung darin bestand, sich von den Begrenzungen der Natur zu emanzipieren (dis-embedding). Dies ist kein Plädoyer für eine romantische Rückbesinnung auf die Natur und keine Absage an technologische Lösungen für die Zukunftsherausforderungen der Menschheit. Doch jedweder Entwicklungspfad kann nur in den Grenzen der globalen Ökosysteme stattfinden [...]«. (WBGU 2011: 98)

Im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive und einer für alle lebenswerten Zukunft stellt sich die Frage nach dem Beitrag der Sozialen Arbeit zu dieser Entwicklung.

## Hypothesen

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Energie- und Klimapolitik für das Verhältnis von Ungleichheit, Demokratie und Transformation erwarten wir, dass Unterschiede in der Bewertung bestimmter Aspekte zur Umsetzung der Energiewende im Zusammenhang damit stehen, wie zufrieden Personen insgesamt mit der Demokratie in Deutschland sind, wie selbstwirksam sie sich im politischen Sinne erleben und auch, ob sie sich gegenüber Energiewendevorhaben machtlos fühlen. Die Soziale Arbeit kann zur Entwicklung einer demokratischen Konfliktkultur im Kontext der Energiewende als Vermittlungs-, Beteiligungs- und Beratungsinstanz wesentlich beitragen. Dazu sind Einstellungen von Interesse, die sich auf kognitiver, affektiver und verhaltensbezogener Ebene in den gesellschaftlichen Konfliktlinien um die Energiewende widerspiegeln und dabei auch als mittelbare Einflüsse verstanden werden können. Für die Einstellungsanalyse gehen wir davon aus, dass Personen, die eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, die Umsetzung der Energiewende hinsichtlich deren *Kosten, Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung, Geschwindigkeit* und *Transparenz* negativer bewerten als Personen, die insgesamt eher zufrieden mit der Demokratie sind. Ähnliche Tendenzen, die Umsetzung der Energiewende negativer zu bewerten, sollten sich für Personen zeigen, die sich politisch nicht als selbstwirksam erleben, während Personen, die ihre Selbstwirksamkeit höher einschätzen, zu mildernden Urteilen neigen dürften. Ebenso nehmen wir an, dass stärker ausgeprägte Gefühle der Machtlosigkeit gegenüber der Energiewende mit umso negativeren Bewertungen ausgewählter Aspekte ihrer Umsetzung einhergehen.

## Methode

Im Folgenden wird nachgezeichnet, wie die Untersuchung durchgeführt worden ist, wie sich die Stichprobe zusammensetzt und welche Messinstrumente sowie statistischen Verfahren für die Analyse dieses Beitrags angewendet worden sind.

## Stichprobe

Die quantitative Bevölkerungsumfrage wurde im Rahmen des *Demokon*-Projekts per Internet über ein sogenanntes Haushalts- bzw. Standpanel (*forsa.omninet*) durchgeführt, in dem Haushalte bzw. Personen registriert sind, die grundsätzlich ihre Bereitschaft erklärt haben, an unterschiedlichen Meinungsumfragen teilzunehmen (vgl. auch Güllner/Schmitt 2004). Die Panelteilnehmer:innen wurden per E-Mail zu der Befragung mit dem Titel »Herausforderungen der Energiewende in Deutschland und Ihrer Region« eingeladen. Aus einer zufällig gezogenen, bundesweiten Stichprobe haben 2.012 Personen an der Umfrage teilgenommen. Die Stichprobe teilt sich zur Hälfte in weibliche und männliche Befragte; das Alter der Befragten reicht von 16 bis 92 Jahren (Mittelwert = 48,6; Standardabweichung = 18,1). 85,3 % der Teilnehmer:innen sind in Westdeutschland ausgewachsen und 14,6 % in Ostdeutschland. Der Großteil lebt in (Klein-)Städten und Dörfern im ländlichen Raum (63 %) und ein kleinerer Teil im urbanen Raum von Großstädten (37 %). Hinsichtlich ihrer Schulbildung gaben 23,3 % an, einen Volks- oder Hauptschulabschluss erworben zu haben, 28,5 % verfügten zum Befragungszeitpunkt über einen mittleren Schulabschluss und 46,4 % über eine (Fach-)Hochschulreife. Knapp 1 % gab an, keinen oder einen anderen Schulabschluss erworben zu haben. Mit Blick auf ihren höchsten erreichten Abschluss erklärten 58,9 %, eine Facharbeiter-, Berufs- oder Meisterausbildung abgeschlossen zu haben. 28 % gaben an, über einen Hochschulabschluss zu verfügen; rund 2 % haben promoviert. Keinen oder einen anderen Ausbildungsabschluss haben 3,6 %. 7,6 % gaben zum Zeitpunkt der Befragung an, noch in der Schule, Ausbildung oder im Studium zu sein. Die Antworten der bundesweiten Stichprobe wurden repräsentativ für Internetnutzer:innen ab 16 Jahren in Deutschland nach Bundesland, Alter und Geschlecht gewichtet.

## Semantisches Differential zur Energiewende

Das semantische Differential ist ein Verfahren der Einstellungsforschung, bei dem es um die Bewertung eines Gegenstands bzw. Sachverhalts anhand bestimmter Attribute geht. Dabei sollen vor allem konnotative und assoziative Bezüge gemessen werden. Als Medium dient hier jeweils eine Ratingskala zu einer Reihe gegensätzlicher Adjektivpaare, die in ganzzahliger Ausprägung von -3 bis +3 bewertet werden sollen. Ursprünglich für die drei Dimensionen *Valenz* (»angenehm – unangenehm«), *Potenz* (»stark – schwach«) und *Aktivität* (»aktiv – passiv«) erdacht, beschrieben Osgood, Suci und Tannenbaum (1971) das semantische Differential als ein Bedeutungsspektrum zweiter Ordnung, das sprach- und kulturübergreifend genutzt werden könne, um basale Einstellungskonzepte – z.B. zu einem Wort oder abstrakten Begriff wie »Gerechtigkeit« – beschreiben und besser vergleichen zu können. Über Korrelations- und Faktoren-

analysen können solche den Bewertungen zugrundeliegenden Einstellungsmuster und -dimensionen nachgewiesen werden, die sich dadurch auszeichnen, dass bestimmte Skalen und Konzepte eng zusammenhängen – d.h., wenn eine Person einen Sachverhalt einmal positiv bzw. negativ bewertet, wird sie wahrscheinlich auch weitere positive bzw. negative Assoziationen dazu haben (vgl. ebd.). Durch die Verbindung der einzelnen Wertungen entsteht ein Polaritätsprofil, das mit Hilfe der Berechnung von Mittelwert und Streuungsmaß ausgewertet wird. Ein Vorteil ist, dass die Skalen ohne umfangreiche Vorarbeiten angelegt werden können. In der vorliegenden Untersuchung zur demokratischen Konfliktkultur für die Energiewende sollen die Skalen sowohl die politische und kulturelle Dimension der Energiewende als Bürger:innenprojekt widerspiegeln als auch die Dimension der sozialen und ökonomischen Verträglichkeit desselben (vgl. auch Schneidewind 2018). Dabei haben wir uns in erster Linie an der kognitiven Einstellungsebene zur Energiewende orientiert und zur Verwendung der folgenden sechs Adjektivpaare entschieden: »kostengünstig – teuer«, »gerecht – ungerecht«, »bürgerlich – elitär«, »planvoll – chaotisch«, »zu schnell – zu langsam«, »transparent – intransparent«. Die bipolaren, siebenstufigen Ratingskalen wurden den Befragten in randomisierter Reihenfolge mit der Anweisung dargeboten, jeweils spontan die Umsetzung der Energiewende in Deutschland zu bewerten. Zudem konnte die Antwortmöglichkeit »weiß nicht« ausgewählt werden. Zur Beurteilung der Umsetzung der Energiewende wurden die negativen Attribute rechts angeordnet und mit Minuswerten gekennzeichnet, die positiven Attribute entsprechend links mit Pluswerten. Hingegen wurde bei der Frage nach der Geschwindigkeit der Umsetzung der Antwortbereich »zu schnell« positiv gepolt und der Antwortbereich »zu langsam« negativ gepolt, sodass an der Stelle der Polarität ggf. umgedacht werden muss. Dies kann Antworttendenzen der Skalen verringern. Für die statistische Auswertung des semantischen Differentials wurde der Wertebereich von -3 bis +3 umcodiert in die Werte 1 bis 7. Die neutrale Skalenmitte (0) entspricht dann jeweils dem Wert 4.

## Demokratiezufriedenheit

Als Maß für die Demokratiezufriedenheit wurde das folgende Item abgefragt: »Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?«. Die Befragten konnten dies auf einer vierstufigen Likert-Skala von (1) »sehr zufrieden«, (2) »ziemlich zufrieden«, (3) »nicht sehr zufrieden« und (4) »überhaupt nicht zufrieden« bewerten. Zudem gab es wieder die Möglichkeit mit »weiß nicht/keine Angabe« zu antworten. Wenngleich die Einflüsse auf Einstellungen zur Demokratie vielschichtig sind (u.a. Schichtzugehörigkeit, Bildungsgrad, politische Sozialisation, Teilhabe, Selbstwirksamkeit etc.), hat die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie insgesamt eine Tradition im Kontext der politischen Kulturforschung und der Untersuchung diffuser Unterstützung für politische Systeme (vgl. z.B. Decker et al. 2019; Merkel/Krause 2015). Diese Einstellungsfrage bezieht sich hier weniger auf die Verfassungsnorm oder bestimmte Akteure als vielmehr auf die wahrgenommene Umsetzung und auch den Output der Demokratie in Deutschland. Dabei besteht die Prämisse, dass Mitglieder einer (parlamentarischen) Demokratie grundsätzlich einen gewissen Grad an Unterstützung für und Vertrauen in das poli-



tische System aufbringen müssen, um dessen Stabilität, Legitimität und letztlich auch dessen Arbeitsfähigkeit und Funktionieren zu gewährleisten (vgl. Easton 1975).

### Kollektive Selbstwirksamkeit

Gleichzeitig erfordern demokratische Gesellschaften die fortwährende Bereitschaft und das Vermögen ihrer Mitglieder, sich kritisch und auch produktiv mit politischen Problemen auseinanderzusetzen – auch wenn dies im Zweifelsfall erst einmal zu mehr Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie führt. Als *critical citizens* bezeichnet beispielsweise Norris (2011) Bürger:innen, die demokratische Werte und Prinzipien generell befürworten, dabei aber durchaus unzufrieden mit der Form oder Performanz demokratischer Institutionen und Prozesse sein können. Aus diesem potenziellen Spannungsverhältnis von Unzufriedenheit und – aktiver wie passiver – Bürger:innenschaft heraus soll hier ein weiteres Element politisch relevanter Einstellungen bestimmt werden, das sich auf die Bewertungen zur Umsetzung der Energiewende auswirken kann. *Kollektive Selbstwirksamkeit* kann aus lerntheoretischer Perspektive als positive Erwartung und Überzeugung verstanden werden, mit eigenen bzw. gemeinsamen Kräften proaktiv etwas an einer Lage verändern und Probleme bewältigen zu können (vgl. Bandura 1997). In seiner sozial-kognitiven Theorie geht Bandura davon aus, dass erst ein gewisses Maß einer solchen Selbstwirksamkeitserwartung bestimmtes Verhalten motiviert: Verhalten, das sich eine Person selbst nicht zutraut oder das ihr wenig erfolgsversprechend erscheint, wird deutlich seltener von ihr gezeigt werden – auch, wenn sie über die nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen dazu verfügt (vgl. ders. 1977). Entsprechend häufiger wird Verhalten gezeigt, bei dem sich eine Person kompetent fühlt und ggf. schon als selbstwirksam erlebt hat, was sich wiederum verstärkend auf die künftige Selbstwirksamkeitserwartung auswirkt. Dabei wird die Stärke der erwarteten Selbstwirksamkeit meist nach subjektiven Kriterien bestimmt. So wurden auch die Befragten in der Stichprobe gebeten, zwei Aussagen mittels einer fünfstufigen Likert-Skala von (1) »trifft voll und ganz zu«, (2) »trifft eher zu«, (3) trifft teils zu, teils nicht«, (4) »trifft eher nicht zu« und (5) »trifft überhaupt nicht zu« zu bewerten. Zudem stand wieder die Antwortmöglichkeit »weiß nicht/keine Angabe« zur Auswahl. Eine Aussage zielt auf die Wahrnehmung individueller, direkter Einflussmöglichkeiten: »Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen«; die zweite Aussage bezieht sich auf eine kollektive, aber eher indirekte Ebene der Selbstwirksamkeitserwartung: »Wenn sich die Bürger:innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen.«. Die Wahrnehmung und Bewertung kollektiver Selbstwirksamkeit »as a group's shared belief in its conjoint capabilities to organize and execute the courses of action required to produce given levels of attainments« (Bandura 1997: 477) ergeben sich jedoch nicht einfach als Summe individueller Überzeugungen bzw. im Ergebnis ihrer Aggregation, sondern werden durch unterschiedliche Gruppen- und Interaktionsprozesse bedingt (vgl. ebd.: 478).



## Gefühl der Machtlosigkeit

Anschließend an die Erwartung bzw. auch Erfahrung, dass politisches Engagement wenig erfolgsversprechend erscheint, sollen neben den vorwiegend kognitiven Elementen der Einstellungen zur Energiewende auch deren affektive Ursachen bzw. Folgen in den Blick genommen werden. Dabei unterliegen auch Gefühle bestimmten Wert- und Normvorstellungen – sie sind mitunter ebenfalls sozial erlernt und motivieren unser Handeln (vgl. Bandura 1997). Aus demokratie- und beteiligungsorientierter Perspektive erscheint uns hierbei das Gefühl bzw. Verhältnis von Macht und Ohnmacht von zentraler Bedeutung zu sein. Allgemein werden Emotionen in der Einstellungs- und Demokratieforschung eher zurückhaltend behandelt. Das liegt sicher nicht zuletzt darin begründet, dass politischen Auseinandersetzungen, Einschätzungen und Entscheidungen in der Regel abverlangt wird, unter der Prämisse von Sachlichkeit, Rationalität und Objektivität geführt bzw. getroffen zu werden. Darin ist indes ein Verhältnis zu Emotionen und Emotionalität angelegt, welches den Problemen einer zwar hochtechnisierten und -rationalisierten, aber entsprechend komplexen und ambivalenten Moderne kaum gerecht wird (vgl. Korte 2015; Schaal/Heidenreich 2013). Im Sinne der *critical citizens* (Norris 2011) lässt sich auch hier argumentieren, dass politische Emotionen wie Wut und Empörung in einer streitbaren und streitfähigen Demokratie erlaubt und durchaus gewünscht sein können – zumindest, wenn nicht ein Punkt erreicht werden will, an dem Bürger:innen nur noch apathisches Publikum der politischen und medialen Inszenierung sind (vgl. z.B. Manin 2007). An dieser Stelle sei an die Postdemokratiedebatte erinnert, die mindestens implizit mitschwingt, wenn es um die Frage nach dem Verlust oder der Verschiebung demokratisch legitimierter Macht zugunsten nicht rechenschaftspflichtiger Akteure geht (vgl. Crouch 2008). Emotionen zur Umsetzung der Energiewende transparent zu machen und zu thematisieren, kann aus unserer Sicht zur Bearbeitung diesbezüglicher Konflikte beitragen und einer populistischen Vereinnahmung politischen Unbehagens in der Bevölkerung vorbeugen. Zur Charakterisierung bestimmter Gefühle wurden den Befragten unter der Frage »Wie fühlen Sie sich, wenn Sie über die Umsetzung der Energiewende nachdenken?« folgende Auswahlmöglichkeiten in randomisierter Reihenfolge angeboten: »wütend«, »hoffnungsvoll«, »ängstlich«, »frustriert« und »machtlos«. Auf einer fünfstufigen Likert-Skala konnte das jeweilige Empfinden zwischen (1) »äußerst«, (2) »erheblich«, (3) »einigermaßen«, (4) »ein bisschen« oder (5) »gar nicht« abgestuft werden. Auch hier gab es die Möglichkeit, mit »weiß nicht/keine Angabe« zu antworten.

## Ergebnisse

Zur statistischen Auswertung der Daten wurde die Programme SPSS für Windows Version 27 und Excel Version 2204 (Office 365) verwendet. Im ersten Schritt wurde für alle interessierenden Variablen eine Korrelationsanalyse durchgeführt, um grundsätzlich Auskunft über das Zusammenhangsmuster der einzelnen Einstellungen zu erhalten (siehe Tabelle 1). Daran lässt sich zum einen erkennen, dass die Variablen zur Messung des semantischen Differentials alle in gleicher Weise miteinander korrelieren: Wer ei-

nen der sechs Aspekte zur Umsetzung der Energiewende negativ bzw. positiv bewertet, bewertet wahrscheinlich auch die anderen Aspekte entsprechend negativ bzw. positiv. So wird beispielsweise eine Person, die auf der Ratingskala eher zum Adjektiv »teuer« tendiert, die Umsetzung der Energiewende auch eher mit den Adjektiven »ungerecht«, »elitär«, »chaotisch« und »intransparent« verbinden. Beim umgepolten Aspekt zur Geschwindigkeit zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass die Bewertung »zu schnell« tendenziell negativ gedacht wird, während die Bewertung der Umsetzung als »zu langsam« tendenziell mit positiveren Wertungen einhergeht. Dies gilt vor allem für die Frage nach den Kosten: »teuer« und »zu schnell« bzw. »kostengünstig« und »zu langsam« werden stärker miteinander assoziiert als »teuer« und »zu langsam« bzw. »kostengünstig« und »zu schnell«. Bei einem Signifikanzniveau von  $p < ,001$  weisen die Korrelationskoeffizienten mittlere ( $> .30$ ) bis hohe Zusammenhänge ( $> .50$ ) aus, wobei die Zusammenhänge zur Bewertung der Geschwindigkeit der Energiewende negativ sind und deutlich geringer ausfallen, sodass nur von kleinen Effekten gesprochen werden kann (vgl. Cohen 1988). Zudem besteht kein Zusammenhang zwischen den Aspekten Geschwindigkeit und Planung sowie Geschwindigkeit und Transparenz.

Zum anderen lässt sich der Korrelationstabelle bereits entnehmen, inwiefern die Aspekte des semantischen Differentials mit den Einstellungen zur Demokratiezufriedenheit, zur kollektiven Selbstwirksamkeit und zum Gefühl der Machtlosigkeit im Zusammenhang mit der Bewertung der Energiewende stehen. So zeigt sich zunächst: Je eher Befragte angegeben haben, mit dem Funktionieren der Demokratie insgesamt unzufrieden zu sein, desto eher bewerten sie die Umsetzung der Energiewende als »teuer«, »ungerecht«, »elitär«, »chaotisch«, »zu schnell« und »intransparent« (und andersherum). Allerdings fällt die Stärke der Zusammenhänge gering aus – vor allem hinsichtlich der Kosten ( $r = .22$ ) und der Geschwindigkeit ( $r = -.21$ ), aber auch bei der Bewertung der Gerechtigkeit der Energiewende wird höchstens ein mittlerer Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit deutlich ( $r = .34$ ). Im Vergleich dazu bestehen teilweise deutlich schwächere Zusammenhänge der Adjektivpaare zur Überzeugung kollektiver Selbstwirksamkeit, während diese wiederum mit  $r = .30$  noch moderat mit der allgemeinen Demokratiezufriedenheit korreliert sowie mit  $r = -.28$  auch mit dem Gefühl der Machtlosigkeit ( $p < .001$ ). Zur Frage, inwieweit Befragte sich gegenüber der Umsetzung der Energiewende »machtlos« fühlen, zeigen die negativen Korrelationskoeffizienten an, dass auch ein stärkeres Gefühl der Machtlosigkeit mit einer negativeren Bewertung der Energiewende hinsichtlich der Aspekte Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und Transparenz einhergeht (und andersherum) ( $p < ,001$ ). Ein deutlich schwächerer Zusammenhang lässt sich hier hingegen für die Aspekte Geschwindigkeit und Kosten feststellen. Darüber hinaus wird mit Blick auf die Mittelwerte und Standardabweichungen beim semantischen Differential deutlich, dass die Befragten ihre Bewertung im Durchschnitt nahe am Skalenmittelpunkt (= 4) ausrichten, dabei aber eine Tendenz zur schlechteren Ausprägung der Polarität aufweisen.

Im zweiten Schritt sollte mit Hilfe einer Faktorenanalyse überprüft werden, ob den (bzw. welchen) unterschiedlichen Adjektivpaaren des semantischen Differentials empirisch eine Art von Gemeinsamkeit zugrunde liegt, die bezogen auf die Einstellung zur Energiewende als eigenständige Dimension interpretierbar wird. Im vorliegenden Fall kann dabei bereits von einer gewissen Latenz der ohnehin überschaubaren Anzahl

Tabelle 1: Korrelationen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1) <b>Kosten</b> (MW = 5,49; SD = 1,33)	1	.46*** (n = 1.879)	.41*** (n = 1.896)	.37*** (n = 1.889)	-.28*** (n = 1.900)	.35*** (n = 1.900)	.22*** (n = 1.901)	.23*** (n = 1.916)	-.19*** (n = 1.888)
(2) <b>Gerechtigkeit</b> (MW = 4,83; SD = 1,39)		1	.59*** (n = 1.904)	.52*** (n = 1.898)	-.15*** (n = 1.906)	.51*** (n = 1.908)	.34*** (n = 1.906)	.20*** (n = 1.920)	-.32*** (n = 1.890)
(3) <b>Bürgernähe</b> (MW = 5,05; SD = 1,33)			1	.52*** (n = 1.920)	-.11*** (n = 1.932)	.57*** (n = 1.935)	.32*** (n = 1.936)	.20*** (n = 1.952)	-.33*** (n = 1.918)
(4) <b>Planung</b> (MW = 5,03; SD = 1,42)				1	-.03 (n = 1.932)	.53*** (n = 1.933)	.32*** (n = 1.930)	.14*** (n = 1.944)	-.34*** (n = 1.914)
(5) <b>Geschwindigkeit</b> (MW = 4,93; SD = 1,81)					1	.00 (n = 1.942)	-.21*** (n = 1.946)	-.25*** (n = 1.959)	.13*** (n = 1.927)
(6) <b>Transparenz</b> (MW = 4,93; SD = 1,36)						1	.27*** (n = 1.942)	.15*** (n = 1.958)	-.30*** (n = 1.927)
(7) <b>Demokratiezufriedenheit</b> (MW = 2,38; SD = ,78)							1	.30*** (n = 1.978)	-.28*** (n = 1.945)
(8) <b>Kollektive Selbstwirksamkeit</b> (MW = 2,97; SD = ,93; $\alpha$ = ,67)								1	-.21*** (n = 1.960)
(9) <b>Gefühl der Machtlosigkeit</b> (MW = 2,72; SD = 1,21)									1

Anmerkungen: \*\*\* =  $p < .001$ . MW = Mittelwert; SD = Standardabweichung;  $\alpha$  = Cronbachs Alpha.

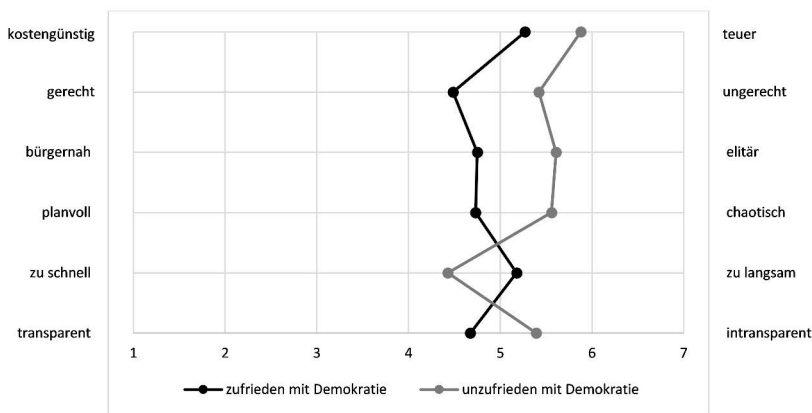
gemessener Variablen ausgegangen werden, sodass das Ziel hier nicht in einer Reduktion der Variablen, sondern in der Überprüfung ihrer inhaltlichen Struktur und Dimensionalität liegt. Ausgehend von der Frage nach der Umsetzung der Energiewende kann so eingeschätzt werden, durch welche Faktoren sich die Varianz der interkorrelierenden Variablen erklären lässt bzw. wodurch die unterschiedlichen Antworten auf den Skalen beeinflusst werden. Die Dimensionalität des Konstrukts wird dabei über die Antworten bzw. die Verhältnisse verschiedener Variablen zueinander ermittelt. Sowohl der KMO-Wert (.83) als auch der Bartlett-Test auf Sphärizität (Chi-Quadrat (15) = 3218,51,  $p < .001$ ) deuten darauf hin, dass sich die vorliegenden Daten für eine solche Faktorenanalyse eignen. Nach dem Kaiser-Kriterium konnten zwei Faktoren extrahiert werden, die einen Eigenwert > 1 aufweisen. Die Kommunalitäten der Variablen liegen nach der Extraktion durchschnittlich bei .50. Lediglich die Variable zur Geschwindigkeit weist mit .33 eine geringe Kommunalität auf. Durch das Vorfinden von mehr als einem Faktor diente das Rotationsverfahren *Oblimin, direkt* (Delta 0) dazu, Variablengruppen zu bilden, die im Ergebnis zwar eine Einfachstruktur der Daten abbilden, aber dabei auch berücksichtigt, dass die extrahierten Faktoren eng miteinander korrelieren können. Danach laden die Variablen Transparenz (.77), Bürgernähe (.76), Planung (.72) und Gerechtigkeit (.71) hoch auf dem ersten Faktor. Die Variable Geschwindigkeit lädt mit .59 eindeutig auf dem zweiten Faktor, während die Variable Kosten mit .44 sowohl auf dem ersten Faktor als auch mit -.39 auf dem zweiten Faktor lädt, also nicht eindeutig zuzuordnen ist. Das negative Vorzeichen der Ladung kann auf die umgekehrte Antwortlogik der Skala zurückgeführt werden. Zusammen klären die beiden Faktoren 49,7 % der Varianz der Variablen auf. Der erste Faktor erklärt mit 41,7 % die meiste Varianz, während sich durch den zweiten Faktor nur noch 8 % der Varianz erklären lassen. Da ein Faktor, der weniger als 10 % Varianzaufklärung leistet und höchstens zwei Variablen mit mittleren Ladungen umfasst, inhaltlich kaum sinnvoll interpretiert werden kann, scheint die 2-Faktoren-Lösung nicht adäquat. Wie die beiden Faktoren im Kontext der Energiewende dennoch zueinander ins Verhältnis gesetzt werden könn-

ten, wird – neben dem möglicherweise unterschiedlichen Stellenwert der betreffenden Variablen – im Anschluss an die Ergebnisdarstellung diskutiert.

Für die weitere Auswertung der Adjektivskalen wurden die Maße zur Demokratiezufriedenheit, zur kollektiven Selbstwirksamkeit und zum Gefühl der Machtlosigkeit in die Form zwei- bzw. dreistufiger Antwortkategorien umcodiert, die es erlauben, diesbezügliche Unterschiede in den durchschnittlichen Bewertungen der Energiewende deutlicher nachzuzeichnen. Befragte, die ihre allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland mittels der vierstufigen Likert-Skala als (1) »sehr zufrieden« oder (2) »ziemlich zufrieden« angegeben haben, sind unter der Kategorie »zufrieden« (64,4 % der Befragten) zusammengefasst, wohingegen Befragte, die mit (3) »nicht sehr zufrieden« oder (4) »überhaupt nicht zufrieden« geantwortet haben, der Kategorie »unzufrieden« (35,6 % der Befragten) zugeordnet wurden. Die Aussagen zur kollektiven Selbstwirksamkeit sind in ähnlicher Weise umcodiert worden: Die Antworten (1) »trifft voll und ganz zu« und (2) »trifft eher zu« wurden als Zustimmung gewertet (19,3 % der Befragten), die Antworten (4) »trifft eher nicht zu« und (5) »trifft überhaupt nicht zu« als Ablehnung (50,3 % der Befragten). Die mittlere Antwortkategorie (3) »teils/teils« (29,7 % der Befragten) bleibt als eigenständige Kategorie erhalten. Mit Blick auf Gefühle der Machtlosigkeit bezüglich der Umsetzung der Energiewende wurden die ebenfalls fünfstufigen Antwortvorgaben so kategorisiert, dass jene Befragte als »machtlos« gewertet wurden, die mit (1) »äußerst« oder (2) »erheblich« geantwortet haben (47,3 %). Außerdem wurden Befragte zusammen gewertet, die mit (4) »ein bisschen« oder (5) »gar nicht« geantwortet haben (29,2 %). Befragte, die angaben, sich (3) »einigermaßen« machtlos zu fühlen, wurden wiederum als eigene Gruppe in die Auswertung einbezogen (23,5 %).

Über die als kategorial geführten Variablen sortiert wurden wiederum die Mittelwerte der Adjektivskalen berechnet. Das variablenbasierte Sortieren der Mittelwerte ermöglicht, die konnotativen bzw. assoziativen Bewertungsaspekte zur Umsetzung der Energiewende als Polaritätsprofile darzustellen, welche jeweils die Unterschiede anhand der Demokratiezufriedenheit, der kollektiven Selbstwirksamkeit und dem Gefühl der Machtlosigkeit der Befragten sichtbar machen. Dazu wurden die sortierten Mittelwertdaten aus SPSS in eine Excel-Datei exportiert und in die Darstellungsweise eines Punktediagramms mit Verbindungslinien übertragen, in dem die entsprechenden Einstellungsgruppen vertikal zu den Adjektivpaaren unterschieden sind. Im Mittelwertvergleich zeigt das Polaritätsprofil, dass die gegenüberstehenden Beurteilungen »kostengünstig – teuer«, »gerecht – ungerecht«, »bürgernah – elitär«, »planvoll – chaotisch«, »zu schnell – zu langsam« sowie »transparent – intransparent« im Durchschnitt signifikant voneinander abweichen bzw. negativer ausfallen, wenn die Befragten unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind, als wenn sie allgemein zufrieden sind (siehe *Abbildung 1*). Besonders beim Aspekt der Gerechtigkeit wird am Abstand zur Gruppe der Demokratiezufriedenen, die sich eher um den Skalenmittelpunkt bewegen, deutlich, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie eher mit einer Bewertung der Umsetzung der Energiewende als »ungerecht« einhergeht. Etwas geringer fallen die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen jeweils bei den Aspekten der Kosten und der Transparenz aus.

Abbildung 1: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Demokratiezufriedenheit



*Ungepaarter t-Test:* Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen »zufrieden mit Demokratie« und »unzufrieden mit Demokratie« für die Aspekte *Kosten* ( $MD = -.61$  (95 %-CI[-.73; -.49]),  $t(1882) = -9.80$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.47$ ); *Gerechtigkeit* ( $MD = -.94$  (95 %-CI[-1.06; -.81]),  $t(1363,99) = -14.70$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.71$ ); *Bürgernähe* ( $MD = -.86$  (95 %-CI[-.98; -.74]),  $t(1926) = -14.20$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.67$ ); *Planung* ( $MD = -.83$  (95 %-CI[-.96; -.70]),  $t(1920) = -12.76$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.61$ ); *Geschwindigkeit* ( $MD = .75$  (95 %-CI[.57; .93]),  $t(1124,97) = 8.25$ ,  $p < .001$ ,  $d = .42$ ) und *Transparenz* ( $MD = -.72$  (95 %-CI[-.84; -.60]),  $t(1931) = 11.47$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.55$ ). *Anmerkungen:* MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

Hinsichtlich der Einschätzung kollektiver Selbstwirksamkeit zeichnen sich im Polaritätsprofil etwas geringere Unterschiede bei der Bewertung der Umsetzung der Energiewende ab (siehe *Abbildung 2*). In drei Antwortgruppen unterteilt, lassen sich zwischen Befragten, die als kollektiv selbstwirksam gefasst wurden, und Befragten, die diesbezüglich in die Kategorie »teils/teils« fallen, fast durchweg keine signifikanten Unterschiede in der durchschnittlichen Bewertung der Adjektivskalen feststellen. Eine Ausnahme bildet die Frage nach der Geschwindigkeit der Energiewende, die von den Befragten, die kollektive Selbstwirksamkeit empfinden, eher als »zu langsam« eingeschätzt wird als von Befragten aus der »teils/teils«-Gruppe. Hingegen verbinden Befragte, die hier als nicht kollektiv selbstwirksam gefasst werden, wie erwartet im Durchschnitt deutlich eher negative Adjektive mit der Energiewende als Befragte, die sich als kollektiv selbstwirksam erleben. Mit einer mittleren Differenz von einem ganzen Skalenwert wird dies bei der Bewertung der Geschwindigkeit am deutlichsten. Bei den weiteren Aspekten fallen die Unterschiede geringer aus. Zwischen Befragten der »teils/teils«-Gruppe und denen, die nicht als kollektiv selbstwirksam gruppiert wurden, sind die Unterschiede wiederum durchweg signifikant und ebenfalls am stärksten für die Bewertung der Geschwindigkeit ausgeprägt. Bei den anderen Aspekten liegt die mittlere Differenz zwischen  $-.41$  und  $-.53$ .

Ein sehr ähnliches Muster wie die Überzeugung kollektiver Selbstwirksamkeit bildet das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Umsetzung der Energiewende im Po-

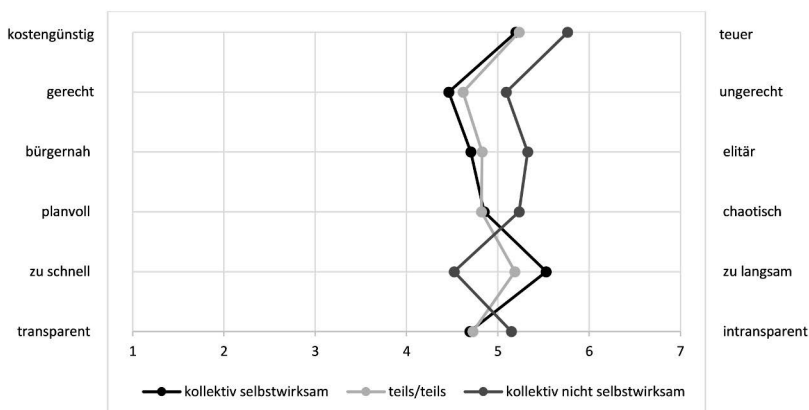
laritätsprofil (siehe *Abbildung 3*). Die Mittelwerte der Befragten, die sich »gar nicht/ein bisschen« oder »einigermaßen« machtlos fühlen, zeigen bei den Aspekten der Gerechtigkeit, Bürgernähe und Planung zur Umsetzung der Energiewende grafisch zunächst geringe Unterschiede, die sich im Vergleich aber als statisch signifikant erweisen, während für die Bewertung der Kosten-, Geschwindigkeits- und Transparenzaspekte keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen bestehen bzw. die Bewertungen sogar fast deckungsgleich sind. Deutlich werden die Unterschiede in den Einstellungen wieder im Vergleich zur Gruppe der Befragten, die angegeben haben, sich angesichts der Umsetzung der Energiewende »erheblich« oder »äußerst« machtlos zu fühlen. Gegenüber den Befragten, die sich »gar nicht« oder »ein bisschen« machtlos fühlen, zeigt sich ein ausgeprägtes Gefühl der Machtlosigkeit vor allem bei den Fragen nach der Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und auch Transparenz der Energiewende, die jeweils rund einen Skalenwert schlechter bewertet wurden. Etwas geringer, aber auch signifikant fallen in dem Zusammenhang die Unterschiede bei der Bewertung der Kosten und Geschwindigkeit aus.

### **Diskussion: Konflikte um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit**

Mit Blick auf die wissenschaftlich begründete und vielerorts längst sichtbare Notwendigkeit, den Klimaschutz und damit auch die Energiewende radikal zu befördern, zeichnen sich unterschiedliche Konfliktlinien ab, die sich vordergründig auf die konkrete Umsetzung diesbezüglicher Maßnahmen beziehen, hintergründig aber von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Demokratie begleitet sein können. Darauf weisen auch die vorgestellten Ergebnisse in diesem Beitrag hin. So bewerten Personen, die eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, die Umsetzung der Energiewende hinsichtlich deren Kosten, Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung, Geschwindigkeit und Transparenz negativer als Personen, die insgesamt eher zufrieden mit der Demokratie sind. Ebenfalls negativer bewertet wird die Umsetzung der Energiewende von Personen, die sich politisch nicht als selbstwirksam erleben im Vergleich zu Personen, bei denen dies eher der Fall ist. Zudem konnten wir zeigen, dass stärker ausgeprägte Gefühle der Machtlosigkeit gegenüber der Energiewende vor allem mit einer negativeren Bewertung der Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und Transparenz von deren Umsetzung einhergehen.

Im Verhältnis von Ökologie, Ökonomie und Demokratie kommen dabei die Schwere, Komplexität und Auswirkungen sozialer und globaler Ungleichheiten, Krisen und Konflikte in den Blick, die politisch aus unterschiedlichen Gründen lange Zeit unbearbeitet geblieben sind – dies wohl auch, um bestimmte Handlungsspielräume aufrechtzuerhalten und einen systemischen Zusammenbruch aufzuschieben (vgl. Beiträge in Ketterer/Becker 2019). Angesichts der welt- und auch energiepolitischen Lage mit veränderten Kräftekonstellationen drohen sich z.B. Fragen der Beschaffung und Verteilung von (bezahlbarer) Energie weiter zu verschärfen; sie scheinen eine entscheidende Rolle für eine nachhaltigere, gerechtere und klimaverträglichere Transformation der Gesellschaft einzunehmen.

Abbildung 2: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Selbsteinschätzung kollektiver Selbstwirksamkeit

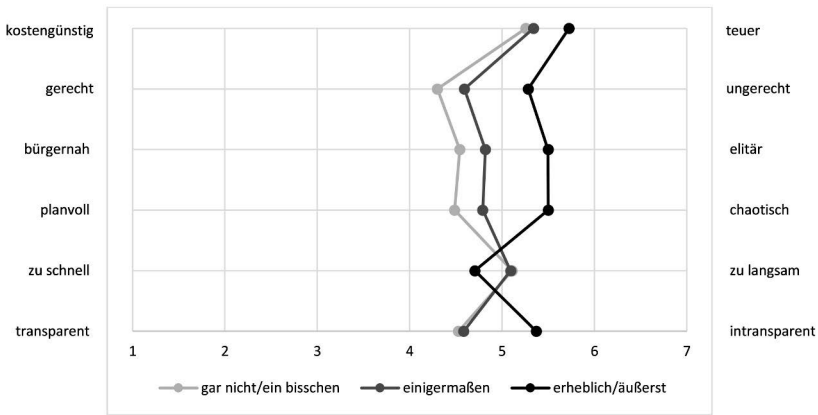


*Ungepaarte t-Tests:* Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen »kollektiv selbstwirksam« und »kollektiv nicht selbstwirksam« für die Aspekte *Kosten* ( $MD = -.57$  (95 %-CI[-.72; -.41]),  $t(1342) = -7.14$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.43$ ); *Gerechtigkeit* ( $MD = -.63$  (95 %-CI[-.79; -.46]),  $t(1340) = -7.46$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.45$ ); *Bürgernähe* ( $MD = -.62$  (95 %-CI[-.78; -.47]),  $t(1364) = -7.86$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.47$ ); *Planung* ( $MD = -.38$  (95 %-CI[-.55; -.22]),  $t(1353) = -4.56$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.27$ ); *Geschwindigkeit* ( $MD = 1.01$  (95 %-CI[.81; 1.21]),  $t(841.63) = 10.05$ ,  $p < .001$ ,  $d = .56$ ) und *Transparenz* ( $MD = -.46$  (95 %-CI[-.62; -.30]),  $t(1365) = -5.57$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.33$ ). Zwischen den beiden Gruppen »kollektiv selbstwirksam« und »teils/teils« besteht nur für den Aspekt *Geschwindigkeit* ein signifikanter Unterschied ( $MD = .34$  (95 %-CI[.14; .55]),  $t(975) = 3.25$ ,  $p < .01$ ,  $d = .21$ ). Zwischen den beiden Gruppen »teils/teils« und »kollektiv nicht selbstwirksam« bestehen signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ( $MD = -.53$  (95 %-CI[-.67; -.40]),  $t(1527) = -7.78$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.41$ ); *Gerechtigkeit* ( $MD = -.47$  (95 %-CI[-.61; -.33]),  $t(1540) = -6.60$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.35$ ); *Bürgernähe* ( $MD = -.50$  (95 %-CI[-.63; -.36]),  $t(1564) = -7.34$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.38$ ); *Planung* ( $MD = -.41$  (95 %-CI[-.56; -.27]),  $t(1554) = -5.58$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.29$ ); *Geschwindigkeit* ( $MD = .66$  (95 %-CI[.49; .84]),  $t(1377.07) = 7.35$ ,  $p < .001$ ,  $d = .37$ ) und *Transparenz* ( $MD = -.42$  (95 %-CI[-.56; -.29]),  $t(1567) = -6.13$ ,  $p < .001$ ,  $d = -.32$ ). *Anmerkungen:* MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

Gleichwohl stößt die Debatte um eine sozial-ökologische Transformation nicht uneingeschränkt auf Zuspruch, was Schneidewind (2020) mit der »naturwissenschaftlichen Dominanz« (ebd.: 94) begründet, aufgrund derer sozial- und kulturwissenschaftliche Erkenntnisse lange unberücksichtigt blieben. An dieser Stelle soll in den Blick genommen werden, inwiefern Soziale Arbeit als Profession über Wissensbestände und Kompetenzen verfügt, die für Fragen nach der Umsetzung und den Folgen der Energiewende hilfreich sein können. Gemeinwesenarbeit (vgl. Fehren 2008, 2017), Sozialraumorientierte Soziale Arbeit (vgl. Früchtel/Budde/Cyprian 2007; Hinte/Treeß 2014) oder Sozialraumarbeit (vgl. Kessler/Reutlinger 2007) haben eine lange Tradition, Menschen in ihrer Selbstorganisation sowie grundsätzlich auf ihrem Weg zu einer erhöhten Lebensqualität zu unterstützen – in diesem Fall raumbezogen. Dabei sind diese Ansätze traditionell in Quartieren, Sozialräumen sowie Stadtteilen verortet, in denen unterschiedliche Konflikte um den öffentlichen Raum schwelen oder offen ausgetra-



Abbildung 3: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Gefühl der Machtlosigkeit



Ungepaarte *t*-Tests: Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen, die sich »gar nicht/ein bisschen« sowie »einigermaßen« machtlos fühlen, für die Aspekte *Gerechtigkeit* ( $MD = ,29$  (95 %-CI[ $,13$ ;  $,45$ ]),  $t(985) = 3,52$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,22$ ); *Bürgernähe* ( $MD = ,28$  (95 %-CI[ $,12$ ;  $,43$ ]),  $t(998) = 3,48$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,22$ ) und *Planung* ( $MD = ,30$  (95 %-CI[ $,13$ ;  $,47$ ]),  $t(1000) = 3,52$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,22$ ). Zwischen den beiden Gruppen, die sich »äußerst/erheblich« und »gar nicht/ein bisschen« machtlos fühlen, bestehen signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ( $MD = ,47$  (95 %-CI[ $,33$ ;  $,61$ ]),  $t(1436) = 6,64$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,36$ ); *Gerechtigkeit* ( $MD = ,98$  (95 %-CI[ $,84$ ;  $,1,13$ ]),  $t(1143,49) = 13,44$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,73$ ); *Bürgernähe* ( $MD = ,95$  (95 %-CI[ $,82$ ;  $,1,09$ ]),  $t(1465) = 14,01$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,75$ ); *Planung* ( $MD = 1,01$  (95 %-CI[ $,87$ ;  $,1,16$ ]),  $t(1136,94) = 13,68$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,74$ ); *Geschwindigkeit* ( $MD = -,40$  (95 %-CI[ $-,59$ ;  $-,22$ ]),  $t(1410,32) = -4,30$ ,  $p < .001$ ,  $d = -,22$ ) und *Transparenz* ( $MD = ,84$  (95 %-CI[ $,70$ ;  $,98$ ]),  $t(1468) = 11,94$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,64$ ). Ebenso bestehen zwischen den beiden Gruppen, die sich »äußerst/erheblich« und »einigermaßen« machtlos fühlen, signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ( $MD = ,39$  (95 %-CI[ $,23$ ;  $,54$ ]),  $t(1323) = 4,94$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,29$ ); *Gerechtigkeit* ( $MD = ,69$  (95 %-CI[ $,55$ ;  $,84$ ]),  $t(947,08) = 9,40$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,53$ ); *Bürgernähe* ( $MD = ,68$  (95 %-CI[ $,53$ ;  $,82$ ]),  $t(1352) = 9,21$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,53$ ); *Planung* ( $MD = ,71$  (95 %-CI[ $,56$ ;  $,86$ ]),  $t(1344) = 9,22$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,53$ ); *Geschwindigkeit* ( $MD = -,39$  (95 %-CI[ $-,58$ ;  $-,19$ ]),  $t(1117,30) = -3,86$ ,  $p < .001$ ,  $d = -,20$ ) und *Transparenz* ( $MD = ,79$  (95 %-CI[ $,64$ ;  $,93$ ]),  $t(1355) = 10,65$ ,  $p < .001$ ,  $d = ,61$ ). Anmerkungen: MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

gen werden. Obwohl diese in der Vergangenheit eher selten unter dem Vorzeichen von energie- und klimapolitischen Maßnahmen standen, besteht doch Transferpotenzial: So lassen sich etwa die Erfahrungen aus Nachbarschaftskonflikten für den Ausbau von Windkraft- oder Solaranlagen nutzen. Dabei wird die Bedeutung Sozialer Arbeit »im Rahmen gesellschaftlicher Transformationsprozesse im Kontext unterschiedlicher sozialräumlicher Prozesse kontrovers diskutiert« (Fritsche/Wigger 2013: 71). Mit Blick auf Stadtteilentwicklung postulierten Drilling und Oehler für die Soziale Arbeit bereits 2011 eine Bedeutung, die weit über »Krisenmanagement« (Drilling/Oehler 2011: 7; z. n. Fritsche/Wigger 2013: 71) hinausgeht – nämlich ihre grundsätzliche Beteiligung an der »Gestaltung des Sozialen« (ebd.). Dabei könne sie sich etwa auch auf ihre Wurzeln in der Chicagoer Schule und der Gemeinwesenarbeit berufen. Ebenso sieht Liedholz (2021) in

Sozialer Arbeit eine Kraft, einen Beitrag zu einer »klimagerechten, postwachstumsökonomischen und demokratischen Gesellschaft [...]« (ebd.: 138) zu leisten.

## Soziale Arbeit als demokratische Vermittlungsinstanz

Mit Blick auf die Daten zur unterschiedlichen Wahrnehmung und Bewertung der Energiewende in der Bevölkerung muss Soziale Arbeit sich fragen und ggf. vergewissern, mit welchem Selbstverständnis sie im Rahmen dahingehender Transformationsprozesse und Kontexte agieren will. Als aktive Akteurin muss sie für die oft regionalen Konflikte um die Energiewende reflektieren, an welchen gesellschaftlichen Deutungs- und Handlungsmustern sie sich orientieren will. Vor dem Hintergrund eines großen Transformationsvorhabens wie der Energiewende – nicht zuletzt unter der Prämisse des 1,5-Grad Ziels des Pariser Klimavertrags – könnte sich Soziale Arbeit z.B. sowohl vermittelnd gegenüber unterschiedlichen Interessens- und Konfliktlagen positionieren als auch anwaltschaftlich auftreten für »gesellschaftlich benachteiligtes Klientel in ihrer Interessendurchsetzung gegenüber gesellschaftlich privilegierten Gruppen« (Fritsche/Wigger 2013: 73). Für wen und wie eine solche Anwaltschaft zu übernehmen wäre, kann aber trotz einer möglichen Orientierung an Grundsätzen der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit nicht immer unmittelbar ersichtlich sein.

Dabei ist der politische Gehalt Sozialer Arbeit innerhalb der Profession umstritten. Auch wenn wir uns in diesem Beitrag generell für ein politisches Mandat von Sozialer Arbeit aussprechen,<sup>2</sup> die sich »nicht nur als stadtteil- oder quartiersbezogene, sondern immer als (sozial)politische Aktivität versteht« (Kessl/Reutlinger 2007: 122), braucht es für sozialarbeiterisches Handeln etwa im Rahmen der Konfliktprävention beim Bau einer Stromtrasse eine spezifische Auftraggeberin. Dies kann wiederum bedeuten, dass mit dem Einbezug sehr unterschiedliche Zielvorstellungen und Erwartungen an die Soziale Arbeit verbunden werden – wie z.B. die Vermittlung von Planungen, die Beteiligung an denselben oder die Beratung verschiedener Akteur:innen (vgl. Fritsche/Wigger 2013). Gelingt es Akteur:innen der Sozialen Arbeit, ein Mandat zu erlangen, kann sie beispielsweise dabei unterstützen, dass sich bestimmte Zuschreibungen und Verkürzungen in Energiewendekonflikten nicht manifestieren. Ohne sich dabei auf diese spezifischen Konflikte zu beziehen, haben Vertreter:innen der Sozialraumarbeit früh die Frage gestellt, »welche Strategien und Maßnahmen sie entwickeln und befördern kann, um die dominierenden Homogenisierungsprozesse eher zu unterlaufen als zu (re)produzieren« (Kessl/Reutlinger 2007: 124). Häufig entsteht auch bei Energiewendekonflikten der Eindruck einer homogenen Gruppe bzw. einer ganzen Region, die sie betreffende Maßnahmen der Transformation grundsätzlich ablehnt. Empirisch lässt sich eine solche Homogenität der Energiewendegegner:innen nicht bestätigen (vgl. Teune et al. 2021: 20f.), sodass die für Homogenisierungstendenzen sensibilisierte Soziale Arbeit hier maßgeblich zu differenzierteren und konstruktiveren Austragungsprozessen beitragen kann.

2 Seithe (2011) z.B. sieht die Expertise und das Recht von Sozialer Arbeit gerade darin, die verschiedenen Missstände, Verwerfungen und Ungleichheiten des gesellschaftspolitischen Systems zu kritisieren und abzumildern, durch das sie selbst beauftragt ist.

In der vorliegenden Stichprobe polarisiert die durchschnittliche Zustimmung zu den energiewendebezogenen Adjektivpaaren über alle Befragten hinweg nur geringfügig in die eine oder andere Richtung. Das könnte nicht zuletzt daran liegen, dass die Energiewende die am weitesten fortgeschrittene und bereits sichtbarste Transformation darstellt, worauf auch Schneidewind (2018: 203) hinwies: »Durch die lange und tief verankerte Diskussion über regenerative Energien und die Risiken konventioneller Energieträger in Deutschland stößt der Umbau hier in der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussionen kaum auf Widerstände«. Daher ist es auch mit Blick auf die Befragung im Zuge des *Demokon*-Projekts nicht verwunderlich, dass das Vorhaben der Energiewende von weiten Teilen der Bevölkerung gestützt und befürwortet wird (vgl. Teune et al. 2021: 2; Wolf 2020: 6). Nichtsdestotrotz zeigt sich im Polaritätsprofil, wie bei Unzufriedenheit mit der Demokratie die Aspekte zur Umsetzung der Energiewende deutlich negativer bewertet werden. Indes sollte auch bei Zufriedenheit mit der Demokratie die ermittelte Tendenz zur schlechteren Bewertung oder ggf. zur Indifferenz gegenüber den Adjektivpaaren nicht vernachlässigt werden. Im Kontrast zu Crouchs These zur *Postdemokratie* lässt sich an dieser Stelle auf Blühdorns Modell einer *simulativen Demokratie* verweisen, in der sich nach wie vor alle gesellschaftlichen Akteure an der Referenznorm Demokratie orientieren und diese diskursiv am Leben erhalten, während sie praktisch bereits überformt sei und zu einer »Art unausgesprochenem neuen Gesellschaftsvertrag« (ebd. 2013: 183) führe; einem stillem Einvernehmen zwischen Politik und mehr oder weniger interessierter Öffentlichkeit, dass die allgemeinen Angelegenheiten von *oben* schon geregelt würden. Nicht auszuschließen sei, dass damit angesichts gestiegener Komplexität der gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse letztlich ein Bedürfnis der Bürger:innen der Zeit bedient wird, im Sinne einer Technokratie regiert und verwaltet zu werden (vgl. ebd.). So sind heute auch viele Teile der Umweltbewegung auf einen wissenschaftlich-technischen Expert:innendiskurs eingeschwenkt (vgl. Stirling 2014). Gleichzeitig bleibe aber auch die Forderung nach mehr Demokratie im Sinne von weniger Outputorientierung und einer stärkeren Einbindung von Bürger:inneninteressen bei der sozial-ökologischen Transformation fragwürdig, da diese im Endeffekt nur unzureichend umgesetzt werden könne (vgl. Blühdorn 2013: 247). Vor diesem Hintergrund lässt sich das Ergebnis der Faktorenanalyse der Adjektivskalen dahingehend interpretieren, dass der erste Faktor jene politischen und kulturellen Aspekte widerspiegelt, die vor allem auf die Bewertung des Prozesscharakters der Energiewende bezogen sind. Derweil verweist der zweite Faktor darauf, dass der Erfolg der Transformation auch von Zeit- und Kostenvorstellungen abhängt. Zu schnelle und teure Veränderungen könnten z. B. dazu führen, dass der Prozesscharakter insgesamt negativer bewertet wird, wie die Auswertungen im Polaritätsprofil zeigen. Aber auch zu langwierige Prozesse des Aushandels könnten den Willen zu energiepolitischen Veränderungen in der Bevölkerung hemmen, wie etwa bei einer höheren Selbstwirksamkeitserwartung anzunehmen wäre.

In Richtung der Veränderung der Lebensweise von Menschen sollte das paternalistische Potenzial Sozialer Arbeit nie unreflektiert bleiben. Dennoch hebt Flüger (2022) hervor, dass eigentlich jene Lebensweise sozialarbeiterisch adressiert werden sollte, die besonders konsum- und ressourcenintensiv ist, womit er als neues Handlungsfeld die »Verursacher Hilfe« (ebd.: 104f.) vorschlägt. Empirisch lässt sich dazu feststellen, dass der ökologische Fußabdruck z. B. von Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen und

Milieus mangels Ressourcen und Zugängen oftmals deutlich kleiner ist als z.B. von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht (vgl. z.B. BMU/UBA 2010: 74-77).

### Soziale Arbeit als engagierte Beteiligungsinstanz

Beteiligung gilt in vielen öffentlichen Feldern, in denen sich Konflikte ergeben, als Zauberformel. Die Ergebnisse des semantischen Differentials zeigen insbesondere in Abhängigkeit vom Gefühl der Machtlosigkeit, aber auch unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Einschätzungen kollektiver Selbstwirksamkeit, dass gerade die Aspekte der Bürgernähe, Planung und Transparenz hinsichtlich der Umsetzung der Energiewende verhältnismäßig negativ bewertet werden. Die Befragten tendieren grundsätzlich eher dazu, die Energiewende für »elitär«, »chaotisch« und »intransparent« zu halten, umso machtloser und weniger selbstwirksam sie sich erleben. Ein solches Erleben ist kontextübergreifend immer wieder die Grundlage »für die institutionalisierte helfende Beziehung« (Herriger 2020: 64) in der Sozialen Arbeit. Herriger bezieht sich auf Paolo Freire, der Machtlosigkeit u.a. in einer »Kultur des Schweigens« (ebd.: 53) manifestiert sieht. Im Kontext der Energiewende kann dies bedeuten, dass eine große, aber schweigende Mehrheit oft wenigen lauten und ggf. machtvollen Akteur:innen gegenübersteht. Soziale Arbeit kann auf ein breites Repertoire an Methoden und Wissen zurückgreifen, um Beteiligung und Selbstwirksamkeit von Menschen zu fördern, zu deren Lebenswelt und Alltag es aus unterschiedlichen Gründen nicht unbedingt gehört, z.B. an einer Bürger:innenversammlung teilzunehmen oder sich der formellen Beteiligungsmöglichkeiten im Energiewendesektor zu bedienen – wenngleich aktivierende Ansätze nicht unumstritten sind (vgl. Anhorn/Bettinger/Stehr 2007; Kessl/Otto 2004). Als Stadtplaner und -forscher hat Selle (2021) Kriterien benannt, wie Beteiligung gelingen kann und unter welchen Bedingungen sie überhaupt sinnvoll ist. Denkbar ist mit Blick auf Bürgernähe, Planung und Transparenz etwa eine Orientierung an der Tradition der Bürger- oder Stadtteilzentren, wie sie im Rahmen von Gemeinwesenarbeit oder Quartiersmanagement häufig etabliert worden sind. Sollen z.B. Personengruppen, die sich politisch im Allgemeinen nicht als selbstwirksam und die Energiewende im Besonderen als elitäres Projekt einschätzen, im Zuge der sozial-ökologischen Transformation bürgerschaftlich beteiligt werden, bietet es sich erst einmal an, öffentliche Räume und Ressourcen entstehen und wachsen zu lassen sowie eine gewisse Kontinuität zu vermitteln. Auf diesem Wege, der es Einzelnen potenziell ermöglicht, sowohl Autonomie als auch Gemeinschaft zu erfahren, kann sich die individuelle Bereitschaft erhöhen, an der Bearbeitung von Problemen und Konflikten mitzuwirken (vgl. Herringer 2020).

### Soziale Arbeit als verstehende Beratungsinstanz

Im Kontext der Energiewende kann Soziale Arbeit beispielsweise als professionelle Stadteilmoderation wirken. Als intermediäre Instanz macht sie frühzeitig Probleme und Konfliktfelder aus, moderiert Prozesse zwischen Lebenswelt und System und kennt Stärken des Sozialraums und der hiesigen Bevölkerung sowie bedeutsame Schlüsselakteur:innen (vgl. Herringer 2020: 186; aus Perspektive des Quartiersmanagements vgl. Fehren 2008). So kann Soziale Arbeit auch dazu beraten, wie Veranstaltungen so

gestaltet werden können, dass sie über politisch mobilisierte Bildungs- und Mittelschichtsmilieus hinaus für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechend und inklusiv sind. Beratung kann hier als komplementär zu den bereits beschriebenen Handlungsfeldern Vermittlung und Beteiligung verstanden werden. Soziale Arbeit vermag – so die Hoffnung – im Zuge *umkämpfter Zukünfte* eine verstehende, engagierte und daher genuin demokratische Haltung zu Konflikten rund um den Klimaschutz und die Energiewende einnehmen, die z.B. in der Auseinandersetzung mit Energiewendekritiker:innen oder auch Klimawandelleugner:innen zum Tragen kommen kann. Aufgrund ihres Doppelmanats zwischen Hilfe und Kontrolle wird es dabei für Praktiker:innen und Theoretiker:innen der Sozialen Arbeit gleichermaßen wichtig sein, sich an einer aufklärerischen Position zu orientieren – um etwa sich selbst und die damit verbundenen Implikationen für ihre Arbeit *in*, *mit* und *an* der Gesellschaft zu reflektieren, das eigene Handeln zu hinterfragen und stets die Interessen von Menschen und Gruppen zu berücksichtigen, die von Transformationsprozessen besonders betroffen sind (vgl. Braches-Chyrek/Sünker 2017). Thiersch (2020) hat diesbezüglich folgendes Verständnis als Ausgangspunkt professionellen Handelns formuliert:

»In Form naiver Alltagstheorien machen Menschen sich ihre je eigenen Vorstellungen vom Leben und der Welt. Alltägliche Erfahrungen sind wahr, weil in ihnen von Menschen erzählt wird, die zum eigenen Erlebnisraum gehören, die man kennt oder die wiederum andere Menschen kennen, die man kennt. [...] Dieser Erfahrungsbezug gibt den Menschen Sicherheit in ihrem Selbstverständnis, aber er beschränkt auch die Weltsicht [...]. Der Mensch will als jemand gesehen werden, der mit den Verhältnissen zurande kommt, der sich in seinen Verhältnissen bewährt, der sein Leben meistert. Er will in den Deutungen seiner Alltäglichkeit und seinen Bewältigungsanstrengungen und -leistungen respektiert und geachtet werden. Er will anerkannt sein. [...] Es äußert sich auch in dem Bedürfnis nach Anerkennung für die Gruppen, in denen man sich emotional aufgehoben fühlt und anerkannt weiß.« (Ebd.: 53ff.)

Es kann vermehrt zur Abwehr von Erfordernissen des gesellschaftlichen Wandels führen, wenn im Sinne des Klimaschutzes und der Energiewende Forderungen hinsichtlich der Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft bestimmter Gruppen bei gleichzeitiger (wahrgenommener) Vernachlässigung ihrer Arbeits- und Lebensleistungen formuliert werden (wie z.B. bei Beschäftigten der Braunkohleindustrie). Gleiches gilt, wenn ökologische und ökonomische Bewältigungsanstrengungen bestimmter Personengruppen in Frage gestellt oder geringgeschätzt werden. Auch eine Herangehensweise, bei der einschlägige politische Entscheidungen allein durch vermeintlich *neutrales*, (natur-)wissenschaftliches und technisches Wissen begründet werden, verkennt das Erleben und Erfahrungswissen von *Betroffenen* der Energiewende. An dieser Stelle können Akteur:innen und Formen Sozialer Arbeit hinzugezogen werden, die entlang der in diesem Beitrag beschriebenen Konfliktlinien um die Energiewende ein demokratisches Verstehen, Anerkennen und auch Ausgleichen sozialer Ungleichheit im Transformationsprozess ermöglichen.

## Literatur

- Adloff, Frank/Neckel, Sighard (2019): »Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit«, in: Klaus Dörre/Hartmut Rosa/Karina Becker/Sophie Bose/Benjamin Seyd (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften* (Sonderband des Berliner Journals für Soziologie), Wiesbaden: Springer VS, S. 167-180.
- Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.) (2007): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ansen, Harald (2022): *Das Recht auf Unterstützung. Sozialanwaltschaft als Auftrag der Sozialen Arbeit*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bandura, Albert (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change, in: *Psychological Review* 84 (2), S. 191-215.
- Bandura, Albert (1997): *Self-efficacy. The Exercise of Control*, New York: W.H. Freeman and Company.
- Benz, Benjamin/Rieger, Günther (2015): *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin: Suhrkamp.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/UBA, Umweltbundesamt (2010): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2010>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Böhnisch, Lothar (2018): *Die Verteidigung des Sozialen. Ermutigungen für die Soziale Arbeit*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Braches-Chyrek, Rita/Sünker, Heinz (2017): »Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen«, in: Dies. (Hg.), *Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 1-6.
- Butterwegge, Christoph (1999): »Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialpolitik: Wohlfahrtsstaat im Standortwettbewerb?«, in: Christoph Butterwegge/Martin Kutscha/Sabine Berghahn (Hg.), *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik*, Baden-Baden: Nomos, S. 26-44.
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Cohen, Jacob (1988): *Statistical power analysis for the behavioral sciences*, 2. Auflage, Hillsdale, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? (Projekt »Für ein besseres Morgen«)*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.



- Demirović, Alex (2021): »Ideologiekritik – oder die Veränderung dessen, was als objektiv gilt«, in: Heiko Beyer/Alexandra Schauer (Hg.), *Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs*, Frankfurt/New York: Campus, S. 25-59.
- Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (2011): »Auf dem Weg einer Neupositionierung. Soziale Arbeit und Stadtentwicklung«, in: *Sozial Aktuell* 5, S. 7.
- Easton, David (1975): A re-assessment of the concept of political support, in: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435-457.
- Fehren, Oliver (2008): *Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz*, Berlin: Edition Sigma.
- Fehren, Oliver (2017): »Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung. Ein ambivalentes Verhältnis.«, in *vhw FWS* 4, S. 185-188.
- Flüger, Kolja (2022): »Die Verantwortung der Sozialen Arbeit in der sozial-ökologischen Transformation«, in: Peter-Ulrich Wendt (Hg.), *Kritische Soziale Arbeit*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 96-109.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (2), S. 71-76.
- Fritsche, Caroline/Wigger, Annegret (2013): »Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus reflexiv räumlicher Perspektive«, in: Matthias Drilling/Patrick Oehler (Hg.), *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 71-86.
- Früchtel, Frank/Budde, Wolfgang/Cyprian, Gudrun (2007): *Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Güllner, Manfred/Schmitt, Lars H. (2004): Innovation in der Markt- und Sozialforschung: das forsa.omninet-Panel, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 27 (1), S. 11-22.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): »Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen«, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 497-534.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuche. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
- Herriger, Norbert (2020): *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2014): *Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- IFSW (2014): *Global Definition of Social Work*. Online verfügbar unter: <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2004): »Soziale Arbeit und die Neugestaltung des Sozialen«, in: Dies. (Hg.), *Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-20.



- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.). (2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp.
- Klees, Katharina (o.J.): Sozialpädagogische Reflexionskompetenz. Von der Konstruktion über die professionelle Rekonstruktion zur Transformation von Bedeutungsperspektiven. Online verfügbar unter: <https://www.aufwindinstitut.com/wp-content/uploads/Reflexionskompetenz.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Korte, Karl-Rudolf (Hg.) (2015): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 33), Baden-Baden: Nomos, S. 11-24.
- Liedholz, Yannick (2021): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Manin, Bernard (2007): Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin: Matthes & Seitz.
- Merkel, Wolfgang/Krause, Werner (2015): »Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern«, in: Wolfgang Merkel (Hg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden: Springer VS, S. 45-65.
- Norris, Pippa (2011): Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge: Cambridge University Press.
- Osgood, Charles Egerton/Suci, George J./Tannenbaum, Percy H. (1971): The Measurement of Meaning, 8. Auflage, Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Polanyi, Karl (2015): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 12. Auflage, Berlin: Suhrkamp.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Bock, Seraja/Lass, Wiebke/Schatzschneider, Julia (2021): Populismus und Energiewende, DEMOKON – Research Paper I, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: [https://demokon.de/files/downloads/demokon\\_rp1.pdf](https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf). Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix (2013). Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (32-33), S. 3-11.
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels, 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Schneidewind, Uwe (2020): »Die sozial-ökologische Transformation«, in: Thomas Hartmann/Jochen Dahm/Frank Decker (Hg.), Utopien. Für ein besseres Morgen, Bonn: Dietz, S. 93-108.
- Seithe, Mechtilde (2011): Zur Begründung einer Repolitisierung Sozialer Arbeit. Online verfügbar unter: [https://www.sw.eah-jena.de/dat/ringvorlesung2011/Ringvorlesung\\_2011\\_M\\_Seithe\\_Vortrag\\_-\\_Zur\\_Begrundung\\_einer\\_Repolitisierung\\_Sozialer\\_Arbeit.pdf](https://www.sw.eah-jena.de/dat/ringvorlesung2011/Ringvorlesung_2011_M_Seithe_Vortrag_-_Zur_Begrundung_einer_Repolitisierung_Sozialer_Arbeit.pdf). Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Selle, Klaus (2021): »Es geht um die Substanz. In Prozessen der Stadtentwicklung glaubwürdig beteiligen, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.), Glaubwürdig beteiligen. Impulse für die partizipative Praxis, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 7-42.

- Stirling, Andy (2014): Transforming power: Social science and the politics of energy choices, in: *Energy Research & Social Science* 1, S. 83-95.
- Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? –ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsumfrage. DEMOKON – Research Paper II, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: [https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item\\_26000\\_3/component/file\\_26004/content](https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content). Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- The Economist Intelligence Unit (2020): Democracy Index 2019. A year of democratic setbacks and popular protest. Online verfügbar unter: [https://www.eiu.com/public/topical\\_report.aspx?campaignid=democracyindex2019](https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=democracyindex2019). Zuletzt geprüft am 06.06.2022.
- Thiersch, Hans (2020): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – revisited, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten). Online verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation#sektion-downloads>. Zuletzt aufgerufen am 06.06.2022.
- Weiß, Julia/Schneider-Eicke, Francesco (2021): »Grüne und Union streiten über angeblichen Antisemitismus-Vorfall«, in: *Der Tagesspiegel* vom 13.06.2021. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rede-von-carolin-emcke-gruene-und-union-streiten-ueber-angeblichen-antisemitismus-vorfall/27281430.html>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Wike, Richard/Schumacher, Shannon (2020): Democratic Rights Popular Globally but Commitment to Them Not Always Strong. Most say elected officials are out of touch. Online verfügbar unter [https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/02/PG\\_2020.02.27\\_global-democracy\\_REPORT.pdf](https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/02/PG_2020.02.27_global-democracy_REPORT.pdf). Zuletzt aufgerufen am 06.06.2022.
- Wolf, Ingo (2020): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. IASS Brochure. Online verfügbar unter: [https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item\\_6000053\\_6/component/file\\_6000054/content](https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000053_6/component/file_6000054/content). Zuletzt aufgerufen am 19.08.2022.